

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1150/2012
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 23.07.2012	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 07.08.2012			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Park- und Verkehrsausschuss	Vorberatung	21.08.2012	Ö
Stadtrat	Entscheidung	05.09.2012	Ö

Betreff: Antrag Nr. 198/2001 der CDU-Stadtratsfraktion und Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN: Ausbau der Eisenbahnstrecke Mainz-Alzey hier: Beschlussfassung
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, 31.07.2012 gez. Eder Katrin Eder Beigeordnete
Mainz, 12.08.2012 gez. Ebling Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

1. Der **Park- und Verkehrsausschuss** empfiehlt dem Stadtrat, den Antrag Nr. 198/2001 der Stadtratsfraktion von CDU und den Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN für erledigt zu erklären.
2. Der **Stadtrat** beschließt, den Antrag Nr. 198/2001 der Stadtratsfraktion von CDU und den Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN für erledigt zu erklären.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

Die Strecke Mainz-Alzey gehört zu den Bahnstrecken, die durch die Einführung des Rheinland-Pfalz-Taktes die größten Zuwachsraten zu verzeichnen hatte. Die Fahrgastnachfrage bedingt ein sehr dichtes Zugprogramm, aufgrund der Eingleisigkeit und der begrenzten Anzahl von Zugkreuzungsmöglichkeiten kam es aber immer wieder zu Verspätungen. Forderungen der Anträge sind zum einen die Kontaktaufnahme mit dem Land Rheinland-Pfalz mit dem Ziel, die Bahnstrecke Alzey-Mainz auszubauen, aber auch die Verbindungen nach Rheinhessen fortzuentwickeln.

Schon in den Jahren 2002 und 2003 wurde seitens der DB Netz AG, des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Süd (ZSPNV) und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) ein Maßnahmenpaket erarbeitet, um die Pünktlichkeitssituation auf der Bahnlinie Mainz-Alzey zu verbessern. Langsamfahrstrecken wurden bereits ertüchtigt und Bahnhöfe umgestaltet (z.B. Armsheim).

Auch in den nachfolgenden Jahren wurden Maßnahmen ergriffen, um die Schienenstrecke zu modernisieren (z.B. Umstellung auf Funkferntrieb).

Im Hinblick auf den Ergänzungsantrag sind mit dem Beschluss zur Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar über Worms nach Mainz sowie den Planungen der Straßenbahnstrecke Mainz-Hbf - Lerchenberg weitere Zielsetzungen mittelfristig auf einem erfolgversprechenden Weg.

2. Lösung:

Im Jahr 2008 hatte das MWVLW das Zielkonzept „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ vorgestellt. Dieses bildete die Grundlage für eine umfangreiche Ausschreibung „Dieselnetz Südwest“, bei der die Strecke Alzey – Mainz ein Bestandteil war. Die Ergebnisse der Ausschreibung liegen mittlerweile vor. Es werden folgende Verbesserungen erzielt und ab Dezember 2014 wirksam:

- Schaffung einer umsteigefreien RE-Verbindung Kirchheimbolanden – Alzey – Mainz mit deutlich verbesserten Anschlüssen in Mainz Hbf sowie zum Teil durchgehende Züge Kirchheimbolanden – Frankfurt Hbf. (derzeitiger Planungsstand: 3 durchgehende Züge jeweils morgens und nachmittags im Berufsverkehr).
- Generell Verbesserungen des Spätverkehrs im Gesamtnetz.
- Durch den ausschließlichen Einsatz von Neufahrzeugen werden zum einen die zum Großteil über 20 Jahre alte Fahrzeugflotte komplett abgelöst und zum anderen neue Angebots-Standards gesetzt.
- Durch die Niederflrigkeit der Fahrzeuge (Einstiegshöhe 55 cm) ist dann an den bereits sanierten Haltepunkten Marienborn und Waggonfabrik ein ebenerdiger Ein- und Ausstieg möglich. Darüber hinaus wurden alle Ausstattungselemente an

den Haltestellen mit den Verbänden mobilitätseingeschränkter Bürger im Detail abgestimmt.

- Es entsteht ein neuer Kreuzungsbahnhof in Wörrstadt. In Nieder-Olm wird eine gleichzeitige Einfahrtnöglichkeit in den Bahnhof geschaffen.
- In Regional-Express Zügen werden 100 % Zugbegleiter ganztägig eingesetzt. In Regionalbahnen beträgt die Quote der Zugbegleiter ab 19.00 Uhr ebenfalls 100 %, davor 25 %.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine Vielzahl von Forderungen der Anträge erfüllt werden können (z.B. Schaffung von Kreuzungsstellen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit; Durchbindung von Zügen nach Frankfurt) und darüber hinaus auch in Bezug auf Barrierefreiheit und Sicherheit erhebliche Fortschritte erzielt werden. Eine Elektrifizierung der Schienenstrecke bringt nach Auffassung der Verwaltung im Verhältnis zu den Investitionskosten keinen adäquaten Nutzen und ist für die Laufzeit der Ausschreibung bis 2036 angesichts der zum Einsatz kommenden dieselbetriebenen Fahrzeuge auch kein realistisches Ziel.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, den Antrag 198/2001 der CDU-Stadtratsfraktion und den Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu erledigen.

Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

keine

Finanzielle Auswirkungen:

ja, Stellungnahme des Amtes 20 (Anlage 1)

nein